

Ex-Revolutionäre machen Realpolitik

Fast 20 Jahre lang stellte das linksliberale Bündnis Frente Amplio die Regierung in Uruguay. Vor allem der Präsident **José Mujica** (zweimal bekleidete er diese Position) prägte diese Zeit. Nachdem *Mujica* aus dem Amt des Staatspräsidenten ausgeschieden war, beschrieb ein uruguayischer Analyst seine politische Entwicklung als die eines **Ideologen**, der sich zu einem klugen **Pragmatiker** gewandelt habe. *Mujica* sei von einem radikalen Aktivisten zu einem auf Ausgleich bedachten Politiker geworden. Seine Stärke sei, einen Dialog zwischen unterschiedlichen Kräften zu lenken und dadurch auch mit seinen ärgsten Gegnern umgehen zu können. Interessanterweise scheint diese Beschreibung symptomatisch für viele Regierungs- und Parteimitglieder des Mitte-Links-Bündnisses Frente Amplio (Breite Front), die früher zur **Stadtguerilla Tupamaros** gehört und sich 1989 in der Partei Movimiento de Participación Popular (MPP; dt.: Bewegung der Öffentlichen Beteiligung) zusammengeschlossen hatten.

Die Tupamaros entstanden 1963 unter der vollständigen Bezeichnung Movimiento de Liberación Nacional – Tupamaros (MLN-T; dt.: Nationale Befreiungsbewegung – Tupamaros) und waren eine **kommunistische Guerilla**. Der Name geht auf den letzten peruanischen Inkaherrscher und Rebellenführer *Túpac Amaru* aus dem 18. Jahrhundert zurück. Nachdem Mitte der 1950er Jahre als Folge einer Wirtschaftskrise die Reallöhne eingebrochen waren und sich die Verteilungskonflikte in Uruguay verschärften, entwickelte sich beeinflusst von der Kubanischen

Revolution und weltweiten Studentenbewegungen ein immer stärker werdender Linksextremismus in der **Arbeiterklasse** und unter den **Studenten**. Dies führte zu einer **Radikalisierung** eines Teils der Mittelschicht und der Arbeiterschaft. Angesichts der zunehmenden staatlichen Repression radikalisierten sich die Tupamaros Anfang der 1970er Jahre, die sich in den Jahren zuvor noch von bewaffneten Aktionen und Gewalt distanziert hatten. Zunächst erfuhren die Guerilleros Zuspruch in der Bevölkerung (angesichts von Aktionen wie der Plünderung von Supermärkten oder Überfällen auf Banken und der anschließenden Verteilung der Lebensmittel bzw. des Geldes unter den Bedürftigsten). Doch die Unterstützung ließ nach, als die Guerilleros vor dem Hintergrund politischer Inhaftierungen, der Anwendung von Folter bei Verhören und der gewaltsamen Niederschlagung von öffentlichen Protesten auch vor Entführung und Ermordung nicht zurückschreckten.

Mit dem **Militärputsch** 1973 wurden sowohl die mobilisierten Studenten als auch die Guerillagruppen vom Staat rigoros bekämpft. Bis 1985 hielt sich die **Diktatur** an der Macht; Aufstände wurden immer brutaler niedergeschlagen, politische Gegner selbst im Ausland entführt, gefoltert und umgebracht. Das Militär rechtfertigte sein brutales Vorgehen mit der Existenz der Tupamaros. Doch deren Führungsriege war bereits 1972 (erneut) festgenommen und die Tupamaros damit noch vor der Machtergreifung durch die Militärs zerschlagen worden. Viele von ihnen, darunter der spätere Staatspräsident *José*

Mujica oder der Gründer der Guerilla, *Raul Sendic*, saßen viele Jahre in Gefängnissen, Verliesen und Erdlöchern, meist in Isolation, quasi lebendig begraben und auf vielerlei Art psychisch und physisch gefoltert. Sie waren gewissermaßen Geiseln des Militärregimes, um die in Freiheit verbliebenen Tupamaros und den Rest der Bevölkerung einzuschüchtern und von oppositionellen Aktionen abzuhalten. Die Gefangenen wurden ständig verlegt, ohne dass sie selbst oder ihre Familien und Anwälte wussten, wo sie sich befanden.

Nach dem Ende der Diktatur 1985 kamen die überlebenden Tupamaros im Rahmen des Amnestiegesetzes für politische Häftlinge (Ley de Pacificación Nacional oder Ley de Amnistía) am 14. März 1985 frei. Die (einstigen) Guerilleros beschlossen, sich an den demokratischen Wahlen zu beteiligen und gründeten eben jene MPP, die heute die stärkste Fraktion des Frente Amplio ist. Die politische und wirtschaftlich liberale Ausrichtung der Regierungspolitik wird zwar seit vielen Jahren unter den alten Tupamaro-Mitgliedern und -anhängern sowie ihren Wählern kontrovers diskutiert und hat zu großen Zerwürfnissen geführt. Aber die große Stabilität des Landes und mehr als ein Jahrzehnt der Regierungsführung (sowohl auf nationaler als auch auf regionaler und lokaler Ebene) zeigen, dass es den ehemaligen Revolutionären mit ihrer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Realpolitik gelungen ist, den größten Teil der Bevölkerung hinter sich zu bringen.

(vor allem Spanier und Italiener, aber auch Polen, Franzosen und Engländer sowie Menschen aus den deutschsprachigen Ländern) und die Bevölkerungszahl stieg massiv an. Von 1864 bis 1870 kam es erneut zu einer (internationalen) militärischen Auseinandersetzung, aber diesmal kämpfte das Land an der Seite Argentinien und Brasiliens gegen Paraguay. Doch der sogenannte **Tripel-Allianz-Krieg** tat der neuen innenpolitischen Stabilität und dem rasanten Wirtschaftsaufschwung keinen Abbruch.

Anfang des 20. Jahrhunderts war Uruguay eines der reichsten Länder Südamerikas. Von 1903 an führte der Staats- und Regierungschef **José Batlle y Ordóñez** (1903–1907 und 1911–1915) **zahlreiche Wirtschafts- und Sozialreformen** durch: Dazu gehörten der Ausbau der Infrastruktur, die Einführung des Acht-Stunden-Arbeitstages, Mindestlöhne, eine Renten- und Arbeitslosenversicherung, die gesetzliche Regelung von Frauenarbeit, ein kostenloses Schulsystem (inkl. Schulpflicht) sowie Versammlungs- und Pressefreiheit. De facto schuf er einen **Sozialstaat** und die erste soziale Demokratie Lateinamerikas. Neben einem äußerst prosperierenden Bankensektor verhalf diese soziale Komponente dem Land zu seinem bis heute anhaltenden Ruf als die „Schweiz Südamerikas“. *Battles* Politik stärkte gezielt den Agrarsektor (da er die Haupteinkommensquelle des Landes bedeutete), die Binnennachfrage und den Ausbau der heimischen Industrie. 1917 folgte die Trennung von Kirche und Staat, im Jahr 1930 war Uruguay Gastgeber der ersten Fußball-WM und wurde sogar der erste Weltmeister, 1932 folgte das Frauenwahlrecht.

Doch auch in Uruguay entfaltete die **Weltwirtschaftskrise** 1929 ihre zerstörerische Wirkung: Die Wirtschaft des exportorientierten Landes brach zusammen, 1933 wurden Parlament und Nationalrat aufgelöst und ein autoritärer Führungsstil des Präsidenten löste die bis dahin vorherrschenden demokratischen Gepflogenheiten ab. Erst die starke Nachfrage nach Wolle und Fleisch infolge des **Zweiten Weltkriegs** verhalf der uruguayischen Wirtschaft noch einmal zu einem Aufschwung. Im Krieg blieb das Land lange Zeit offiziell neutral und unterhielt Beziehungen zu den Achsenmächten und zu den Alliierten. Erst im Januar 1942 brach die Regierung die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland ab und erklärte **Hitler** zuletzt (im Februar 1945) noch den Krieg.

Zwischen Protest und Diktatur

Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte sich die wirtschaftliche Hochphase zunächst fort, doch spätestens mit dem Ende des Koreakrieges Mitte der 1950er Jahre und dem weltweiten Preisverfall für Agrarprodukte kollabierte die Wirtschaft Ende des Jahrzehnts erneut. Reformversuche blieben erfolglos, und vor dem Hintergrund der Kubanischen Revolution und weltweiter Studentenbewegungen nahm der **Linksextremismus** in der Arbeiterschaft und unter den Studenten zu. Die einzige Antwort, die der Regierung auf zunehmende Proteste und Unruhen einfiel, waren **Notverordnungen**. Die kommunistische **Guerillabewegung Tupa-**

maros formierte sich zum Sturz der Regierung (siehe Exkurs „Ex-Revolutionäre machen Realpolitik“). Staatliche Repression, Streiks, Demonstrationen und Ausschreitungen, Verhaftungen, Folter, Wahlmanipulationen und die Verhängung des Ausnahmezustands prägten die folgenden Jahre.

Am 27. Juni 1973 löste **Präsident Juan María Bordaberry** mit Hilfe des Militärs das Parlament auf, und die Exekutivgewalt ging auf einen vom **Militär** kontrollierten Staatsrat über, der bis 1985 **diktatorisch** herrschte. Die Verfassung und bürgerliche Rechte waren außer Kraft gesetzt, politische Betätigung untersagt, Politiker wurden observiert, Zeitungen verboten und Medien generell zensiert. Das Regime versuchte mit **neoliberalen Maßnahmen** die Wirtschaftslage zu verbessern – ohne Erfolg. Hunderttausende Uruguayos verließen in nur wenigen Jahren das Land. Erst Ende der 1970er Jahre begann sich die Wirtschaft langsam zu erholen.

1980 verhinderten die Uruguayos in einem Volksentscheid, dass sich die Militärs per Verfassungsänderung weitere Machtbefugnisse zugestehen konnten. Trotz anhaltender Repressalien des Regimes kam es wieder zu **Unruhen** – und die waren nicht mehr zu unterdrücken, sodass 1982 erstmals wieder politische Parteien zugelassen wurden. Als die Proteste weiter zunahmen, bereiteten die Militärs 1984 die Machtübergabe an eine Zivilregierung vor. Im November desselben Jahres fanden erstmals **wieder freie Wahlen** statt, aus denen die Colorado-Partei als Sieger hervorging.

☐ Öffentliche (Amts-)Gebäude werden bewacht

Aufbruch, Niedergang und erneuter Aufbruch

Bei der Wiedereinführung der Demokratie konnte das Land an seine demokratischen Erfahrungen aus den Jahrzehnten vor der Diktatur anknüpfen. Trotz einer Hinterlassenschaft des Regimes von mehr als 5 Mrd. US-\$ Auslandsschulden und einer Inflation von über 70% gelang der neuen Regierung innerhalb weniger Jahre (mittels Förderung des Außenhandels und Reformen zur wirtschaftlichen Stabilisierung) der **Aufschwung**. Schon 1991 gründete Uruguay mit Argentinien, Brasilien und Paraguay den **MERCOSUR** (Mercado Común del Cono Sur), den „Gemeinsamen Markt des Südens“, und 1993 führte es den **Peso Uruguayo als neue Währung** ein. In den darauffolgenden Jahren nahm eine Koalition der Colorado-Partei und des Partido Nacional **Wirtschafts- und Sozialreformen** vor, modernisierte Staatsbetriebe, erhöhte die Mineralölsteuer und führte eine Rentenreform durch. Bei den Parlamentswahlen 1999 wurde erstmals ein Mitte-Links-Bündnis, Encuentro Progresista / Frente Amplio (EP-FA) genannt, zur stärksten Partei gewählt; auch ehemalige Tupamaros gehörten dem Bündnis an. Aber dessen Präsidentschaftskandidat, **Tabaré Vázquez**, konnte sich bei den Stichwahlen um das Amt des Staats- und Regierungschefs nicht gegen **Jorge Batlle**, den Vertreter der Colorado-Partei, durchsetzen. Dessen Amtszeit war geprägt von riesigen Herausforderungen: Ausbruch der Maul- und Klauenseuche (sie traf die auf den Rindfleischexport fokussierte Wirtschaft besonders

uru020_004.lbo



Der Krawattenverweigerer

Es scheint ein fester Bestandteil der Geschichte des jungen Landes Uruguay zu sein, dass alle 100 Jahre ein „**Pepe**“ seine Geschicke bestimmt. *Pepe* ist die Verniedlichung des Vornamens *José*. Im Jahr 1810 übernahm der Unabhängigkeitskämpfer und Staatsgründer *José Gervasio Artigas* das Ruder, 1910 folgte der noch heute hoch verehrte Reformpräsident und Mitbegründer der breiten Mittelschicht, *José Battle y Ordóñez*, und 2010 trat **José Alberto Mujica Cordano**, von allen nur kurz „*el Pepe*“ genannt, im Alter von 75 Jahren die Präsidentschaft an. Blumenzüchter, Ex-Guerillero, politischer Gefangener – und Krawattenverweigerer. Selbst bei höchsten offiziellen Anlässen wie seiner Vereidigung als Staats- und Regierungschef oder bei Staatsemp-

fängen verzichtete *el Pepe* auf die Krawatte. Doch diese Eigenheit ist bei Weitem nicht die einzige, die den Ex-Präsidenten auf der ganzen Welt so populär machte, dass im Laufe seiner Amtszeit bis 2015 nicht nur er ins internationale Rampenlicht rückte, sondern mit ihm auch sein „*paisito*“ – das kleine Land Uruguay.

Oft wurde darüber geschrieben, dass *Mujica* als Präsident auf seinen offiziellen Amtssitz, den Regierungspalast, verzichtete und weiter auf seiner *chacra*, also einem kleinen Bauernhof, wohnte, weiter seinen blauen VW-Käfer fuhr, den größten Teil seines Gehalts (die Angaben schwanken zwischen 85 und 97%) für karitative Zwecke spendete und sich deswegen Geld bei seiner Ehefrau, der Oberhaus-Senatorin *Lucía Topolansky*, leihen musste. Die oftmals benutzte Bezeichnung „**ärmster Präsident der Welt**“ war also nicht einmal übertrieben.

Schon vor seiner Präsidentschaft galt der ehemalige Guerillero als eine der charismatischsten politischen Persönlichkeiten Lateinamerikas. Seine persönliche Bescheidenheit und sein konsequent legeres Auftreten jenseits aller politischen Protokollzwänge machten ihn im Ausland und daheim – auch bei der Opposition und ihren Anhängern – **glaubhaft**. Einige der wichtigsten Projekte seiner Präsidentschaft, etwa die Bildungsreform, scheiterten zwar. Doch andere Vorhaben führte er gemeinsam mit dem Mitte-Links-Parteienbündnis *Frente Amplio* (Breite Front), zum Erfolg und erregte damit weltweites Aufsehen: Dazu gehörten in weiten Teilen des Volkes unpopuläre und zugleich **spektakuläre Gesetzesänderungen** wie die (schrittweise) Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs und des Marihuana-Anbaus und -Handels. Mit der staatlich kontrollierten Anpflanzung bzw. Abgabe wollte er den illegalen Drogenhandel

unprofitabel machen, erklärte er damals – und wurde für diesen revolutionären Ansatz im Kontext des US-amerikanisch forcierten (und erfolglosen) „War on drugs“ sogar für den Friedensnobelpreis nominiert. Außerdem segnete *Mujica* die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe ab und die Aufnahme ehemaliger Insassen des US-Folterlagers Guantánamo.

Vor dem Hintergrund all dieser aufsehen-erregenden Aktionen gerät oft in Vergessenheit, dass *Mujica*, einst **Mitbegründer und Führungsmitglied der Tupamaro-Stadtguerilla**, angeblich selbst Menschen getötet hat. In den 14 Jahren seiner späteren Gefangenschaft wurde er von den Militärs nicht nur gefoltert, sondern auch in Erdlöchern eingekerkert, um möglichst in den Wahnsinn getrieben zu werden. Er habe irgendwann die Ameisen singen hören können, bemerkte *el Pepe* später. Um so bemerkenswerter ist es, dass er seinen Kerkermeistern, Folterern und sogar den Militärs und Politikern verziehen hat. „Hass macht blind“, sagte er in einer seiner ersten Reden nach seiner Freilassung.

Nun ist *el Pepe* nicht mehr Präsident. Eine direkte Wiederwahl bei den Wahlen Ende 2014 war verfassungsrechtlich unmöglich, und die mögliche Wiederwahl im Jahr 2019 schloss er aus, ebenso ein Wirken als Intendente (Oberbürgermeister) von Montevideo.

Was bleibt? Auch wenn *Mujica* während seiner Präsidentschaft längst nicht alles umsetzen konnte, was er zuvor angekündigt hatte, hat er für sein Land Bleibendes erreicht – und ganz in der Tradition der beiden *Pepes* vor ihm eine neue, fast revolutionäre Form der politischen Kultur gelebt. Die Verweigerung der Krawatte war dabei nur ein Detail.

hart), Brasilien-Krise und wirtschaftlicher Zusammenbruch Argentinien. Die dramatische Lage der Nachbarn mündete 2002 dann auch in Uruguay in eine tiefgreifende Wirtschafts- und Finanzkrise: Der Peso verlor innerhalb weniger Wochen die Hälfte seines Werts, die Arbeitslosigkeit nahm rasant zu, erneut verließen unzählige Menschen das Land.

180 Jahre nach der Ausrufung der Unabhängigkeit und 170 Jahre mit der Vorherrschaft der beiden traditionellen Parteien kam es 2004 dann zu einem **historischen Wechsel an der Regierungsspitze**: Das **Mitte-Links-Bündnis Frente Amplio** (Breite Front) gewann erneut die Parlamentswahlen, und dieses Mal siegte **Tabaré Vázquez** auch bei den Präsidentschaftswahlen und wurde Staats- und Regierungschef. Direkt nach ihrem Antritt 2005 verabschiedete die neue Regierung ein **Hilfsprogramm**, um die ärmsten Bürger zu unterstützen, sowie Wirtschafts- und Sozialreformen zur Stabilisierung des Landes. Seither befindet sich Uruguay in einer andauernden Erholungsphase mit kontinuierlichen wirtschaftlichen Wachstumsraten.

Zusammen mit elf anderen Staaten gründete das Land 2008 nach dem Vorbild der EU **UNASUR**, die Union süd-amerikanischer Nationen. Bei den Parlamentswahlen 2009 und 2014 erlangte der *Frente Amplio* erneut die absolute Mehrheit der Sitze in Senat und Abgeordnetenhaus. Und nachdem der ehemalige Tupamaro **José Mujica** („*el Pepe*“) von 2010 bis 2015 Präsident war, siegte **Tabaré Vázquez** bei den Wahlen Ende 2014 gegen den Präsidentschaftskandidaten des Partido Nacional, **Luis Lacalle Pou**, und übernahm im März 2015 erneut das Präsidentenamt.